

Kriegsteuerzulagen für das eidg. Personal

Man schreibt uns: Innert kürzester Frist haben Stände- und Nationalrat die bundesrätliche Vorlage betreffend die Ausrichtung von Kriegsheilföhlen für das Jahr 1917 an das eidgenössische Personal durchberaten. Aenderungen von Belang sind an den Vorschlägen des Bundesrates nicht angebracht worden. In beiden Räten beschränkte sich die Diskussion, wenn man den Charakter der Vorlage in Betracht zieht und frühere, den gleichen Gegenstand betreffende Beratungen dazu in Parallele setzt, auf ein Mindestmaß. Diese erfreuliche Tatsache ist dem Umstande zu verdanken, daß schon im Stadium der Vorberatungen eine Verständigung zwischen den Vertretern des Personals und dem Bundesrate stattgefunden hat. Der Verständigungsgedanke ist, wie der Vertreter des Bundesrates im Ständerate ausdrücklich hervorgehoben hat, von der Geschäftsleitung der freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz ausgegangen. Frühzeitig hat man sich in der eidgenössischen freisinnigen Parteileitung mit der ganzen Angelegenheit befaßt, von der Erwägung ausgehend, daß weitausgreifende parlamentarische Debatten in dieser Angelegenheit weder dem Staate, noch in letzter Linie auch dem Personal selber förderlich wären. Diese Auffassung wird in richtiger Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse von maßgebenden Führern des eidgenössischen Personals geteilt. Von wesentlicher Bedeutung für eine glatte Erledigung der Steuerzulagenfrage in den eidgenössischen Räten war zweifellos auch die kraftvolle Kundgebung des diesjährigen freisinnig-demokratischen Parteitages im Sinne einer weitgehenden Berücksichtigung der Wünsche des Personals durch die zuständigen Behörden. Man wird es nicht nur beim betroffenen Personal, sondern auch in allen jenen Volkskreisen, die einen Einblick haben in die ökonomisch schwierige Stellung der Klasse der Festbesoldeten und die erkannt haben, daß die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz der Staatsfunktionäre in diesen schwierigen Zeiten von erhöhtem volkswirtschaftlichem und verwaltungspolitischen Interesse ist, begrüßen, daß, nicht zuletzt dank der planmäßigen Intervention der Mehrheitspartei, die ganze Frage eine rasche und befriedigende Erledigung gefunden hat und daß den aufgestellten Postulaten, wie sie der freisinnige Parteitag postuliert hat, in weitgehendstem Maße entsprochen worden ist. Diese Tatsache verdient umsomehr besonders hervorgehoben zu werden, als man sich im Schweizerlande nachgerade daran gewöhnt hat, alle individuellen und kollektiven Enttäuschungen der freisinnig-demokratischen Partei auf den Schuldkonto zu setzen.

Durch ihre ausschlaggebende Mitarbeit an der Lösung der Steuerzulagenfrage hat die Partei bewiesen, daß es ihr mit dem Postulate der kraftvollen Unterstützung der wirtschaftlich Schwachen ernst ist. In gleicher Weise wird die Partei sich auch der Interessen der andern Berufsgruppen zu aller Zeit annehmen. Sie bleibt damit auf dem Boden ihres Programms, das im Interesse der nationalen Volkswirtschaft und im höhern Staatsinteresse die gleichmäßige und ausgleichende Förderung der verschiedenen Erwerbsgruppen und Berufsclassen verlangt. Die geschaffenen ständigen Ausschüsse, die ihre Tätigkeit bereits aufgenommen haben, sind das geeignete Vermittlungsglied zwischen der Partei und den einzelnen Wirtschaftsgruppen. Sie gewährleisten in hohem Maße eine fortlaufende Orientierung und gerechte Berücksichtigung der von den einzelnen wirtschaftlichen Gruppen geltend gemachten Forderungen im Sinne eines friedlichen Interessenausgleiches. Wir zweifeln nicht daran, daß auch das eidgenössische Personal die ihm von dieser Seite zuteil gewordene Unterstützung anerkennen und richtig würdigen wird.